

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
15. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
16.05.2006

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 16.05.2006

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

- 1.** Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
- 2.** Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1.** Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Rates vom 20.09.05
 - 2.2.** Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Rates vom 25.10.05
- 3.** Neuwahl eines Schiedsmannes und dessen Stellvertreters
- 4.** Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße (2) - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
- 5.** Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 8. Änderung
hier: Satzungsbeschluss
- 6.** Bebauungsplan Nr. 59 - Grenzweg II - 1. Änderung
hier: Festlegung der zulässigen Art der baulichen Nutzung
- 7.** Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -
hier: Beitrittsbeschluss zu den Forderungen der Aufsichtsbehörde
- 8.** Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO vom 08.02.2006 betr. Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern
- 9.** Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 28.03.2006 betr. einer Außendienstmitarbeiter- und einer Sozialarbeiterstelle bei der Stadt Übach-Palenberg
(Der Antrag wurde in der Ratssitzung am 28.03.2006 den Stadtverordneten übergeben)

- 10. Vorberatung des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2006
- 11. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2006 und der Beschluss über das Investitionsprogramm sowie Kenntnisnahme von der Finanzplanung
- 12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 14. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 15. Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 15.1. Bericht über die Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung des Rates vom 20.09.05
- 15.2. Bericht über die Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung des Rates vom 25.10.05
- 16. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 16.1. Antrag der CDU-Fraktion nach 5 GeschO vom 26.04.2006 betr. Einstellung der Geldzuwendungen an ausgeschiedene Bedienstete der Stadt Übach-Palenberg
- 17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 17.1. Vorberatung des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2006, hier: Erläuterungen (vertraulich)

Anwesenheitsliste

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU

Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse und die Zuschauer zur Sitzung.

Er erklärte, dass den Stadtverordneten eine fristgerechte Erweiterung der Tagesordnung mit TOP

16.1 Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 der GeschO vom 26.4.2006
betr. Einstellung der Geldzuwendungen an ausgeschiedene Bedienstete
der Stadt Übach-Palenberg,
zugegangen sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies weiterhin darauf hin, dass die Stadtverordneten Herbert Konrads und Gerd Gudduschat seit dem 4. Mai d. J. nunmehr 31 Jahre Mitglieder im Rat der Stadt Übach-Palenberg seien.

Als damit dienstälteste Stadtverordnete im Rat habe er ihnen als Dank für die geleistete Arbeit eine Flasche Wein überreicht.

Stadtverordneter **Weißborn** beantragte den Tagesordnungspunkt 16.1 bezüglich der Einstellung von Geldzuwendungen an ausgeschiedene Bedienstete auf die nächste Ratssitzung zu vertagen. Seine Fraktion habe hierzu noch Beratungsbedarf. Ergänzend wies er darauf hin, dass ihm auf Seite 2 in der Auflistung eine Verwechslung zwischen D-Mark- und Euro-Beträgen aufgefallen sei.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion bezügl. ihres Antrages zur Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern noch ein Gespräch mit der AWO vereinbart habe. Man wolle die Beratung und Beschlussfassung in dieser Angelegenheit bis zur nächsten Ratssitzung zurückstellen um sich weitere Informationen geben zu lassen.

Beschluss:

Folgende Punkte werden auf die nächste Sitzung des Rates der Stadt Übach-Palenberg vertagt:

8. Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO vom 8.2.2006 betr. Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern

und

16.1 Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 GeschO vom 26.4.2006 betr. Einstellung der Geldzuwendungen an ausgeschiedene Bedienstete der Stadt Übach-Palenberg

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 28.3.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Rates vom 20.09.05

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg aus öffentlicher Sitzung vom 20.9.2005 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Rates vom 25.10.05

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg aus öffentlicher Sitzung vom 25.10.2005 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Neuwahl eines Schiedsmannes und dessen Stellvertreters

Beschluss:

Für den Schiedsgerichtsbezirk II wird Herr Erwin Karl Otto Müller, wohnhaft Geilenkirchener Straße 63, 52531 Übach-Palenberg, gewählt.

Zum Stellvertreter für den Schiedsgerichtsbezirk II wird Herr Cybulski, wohnhaft Endstraße 4, 52531 Übach-Palenberg, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße (2) - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von Seiten der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41 (2) Thornstraße umfasst nur noch die Streichung der bisherigen textlichen Festsetzungen in Bezug auf die Höhe der Einfriedungen und die Dachneigung der Garagen. Die Ausweisung von Garagenstandorten entfällt.
3. Die im vereinfachten Verfahren durchgeführte Bebauungsplanänderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 8. Änderung
hier: Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Die Bebauungsplanänderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6 Bebauungsplan Nr. 59 - Grenzweg II - 1. Änderung
hier: Festlegung der zulässigen Art der baulichen Nutzung

Beschluss:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59 Grenzweg II wird angeordnet.

Umfang der Änderungen:

Für die Flurstücke im Bereich der Hausnummern Marienstraße 6-20 und In der Schley 1-5 wird die Art der baulichen Nutzung von "Allgemeines Wohngebiet (WA)" in "Mischgebiet (MI)" geändert. (siehe Planeintrag)

Betroffene Flurstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 64, Flurstücke 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 439, 440, 441, 442, 443, 504 und 507

2. Um eine Gefährdung des Einzelhandels in den Zentren Übach und Palenberg auszuschließen, wird eine Beschränkung der zulässigen Nutzungen bzw. Sortimente im Mischgebiet festgesetzt. Die Beschränkung wird in Form von textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan getroffen (siehe hierzu in der Anlage 1 Spalte "Textliche Festsetzung zum Ausschluss bestimmter Nutzungen", die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
5. Bei Anträgen, die die Gefahr einer Zentrumsschädigung für Übach und Palenberg mit sich bringen (z.B. durch die Anlage eines Supermarktes) ist der Rat der Stadt Übach-Palenberg zu beteiligen und ein Beschluss herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 7 **Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -**
hier: Beitrittsbeschluss zu den Forderungen der Aufsichtsbehörde
-

Beschluss:

Der Forderung der Bezirksregierung Köln als Aufsichtsbehörde auf Änderung der Abgrenzung des Bebauungsplanes Nr. 95 – Marienstraße – wird beigetreten. Der Bebauungsplan in der Fassung vom 13.12.2005 wird entsprechend geändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO vom 08.02.2006 betr. Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung auf die nächste Sitzung des Rates im Juni 2006 vertagt.

9 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 28.03.2006 betr. einer Außendienstmitarbeiter- und einer Sozialarbeiterstelle bei der Stadt Übach-Palenberg

(Der Antrag wurde in der Ratssitzung am 28.03.2006 den Stadtverordneten übergeben)

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„An den Änderung vom 28.03.2006
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4

52531 Übach-Palenberg

Fortführung der beiden Außendienstmitarbeiter-Stellen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

Die beiden befristeten Stellen, der zum 1.4.2004 eingestellten Außendienstmitarbeiter, werden dauerhaft eingerichtet und sind in den Stellenplan aufzunehmen. Eine dieser Stellen wird übergangslos mit einem der derzeit beschäftigten Mitarbeiter wie bisher fortgeführt.

Für die zweite Stelle wird jemand eingestellt, der auf Grund seiner beruflichen Qualifikation in der Lage ist, sich mit präventiver, aufsuchender Jugendarbeit zu beschäftigen. Diese Stelle wird mit einer entsprechenden Stellenbeschreibung ausgeschrieben. Die Stellenbeschreibung ist dem zuständigen Ausschuss für Personal, dem Haupt- und Finanzausschuss, in seiner nächsten Sitzung, vor Ausschreibung vorzulegen.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsjahr 2006 bereitgestellt.

Begründung:

Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass sich der Einsatz der beiden Mitarbeiter für Übach-Palenberg gelohnt hat. In den Berichten der Verwaltung kam deutlich zum Ausdruck, dass neben der Bekämpfung des wilden Mülls auch gegen andere Ordnungswidrigkeiten vorgegangen wurde. Dem von Bürgerinnen und Bürgern immer wieder stark kritisierten, unsozialen Verhalten einzelner, wurde mit Verwarnun-

gen und dem Einleiten von Bußgeldverfahren entgegengetreten. Großen Wert wurde auch auf die Prävention gesetzt. „Die Mitarbeiter suchen den Kontakt zur Bevölkerung und hier insbesondere zu dem Kreis der jungen Erwachsenen. Dem Gespräch und Aufmerksammachen auf Missstände wird ein breites Spektrum eingeräumt.“ Gerade die Prävention ist uns besonders wichtig. Betroffene junge Menschen sollen einen Ansprechpartner erhalten, der darauf hinarbeitet, dass gewisse Missstände, wie das Besprühen oder Beschädigen von Einrichtungen reduziert wird. Es geht vor allen Dingen um Jugendliche, die den Weg in die Vereine oder auch in das Jugendzentrum nicht finden und sich verstärkt auf Schulhöfen oder anderen öffentlichen Plätzen aufhalten. Damit geht leider oft auch eine Belästigung der Anlieger einher. Hier soll der Mitarbeiter für die aufsuchende Jugendarbeit seinen Schwerpunkt setzen.

Die Präsenz der beiden Mitarbeiter sorgt für eine objektive Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und erhöht zugleich das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez.: Paul Josef Gerschel
stellv. Fraktionsvorsitzender“

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass Bürgermeister Schmitz-Kröll mit dem Verwaltungsvorstand einen Kompromissvorschlag vorgelegt habe. So sollen ein Außendienstmitarbeiter und ein Sozialarbeiter im Außendienst tätig werden. Die Verwaltung beabsichtige den Außendienstmitarbeiter für die Ordnungsangelegenheiten aus dem bestehenden Personal zu rekrutieren. Die Stelle des Sozialarbeiters werde wie vorgeschlagen ausgeschrieben und mit einer qualifizierten Kraft besetzt. Da man mit dieser Stelle noch keine Erfahrungen habe sammeln können, solle auch diese auf zwei Jahre befristet werden. Eine zweijährige Befristung sei allerdings auch notwendig, um einen entsprechenden Überblick hierüber zu erhalten. Die Zentralforderung der SPD-Fraktion werde mit der Gestellung von zwei Personen für den Außendienst erfüllt. Die SPD-Fraktion werde deshalb diesen Kompromiss unterstützen.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass auch die CDU-Fraktion sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen wolle. Es mache Sinn einen Sozialarbeiter einzustellen. Die Einstellung eines weiteren Außendienstmitarbeiters werde abgelehnt, allerdings der Einsatz eines vorhandenen Bediensteten als durchaus praktikable Lösung bewertet. Man bitte jedoch die Verwaltung nicht erst nach zwei Jahren zum Ablauf der befristeten Stelle einen Bericht vorzulegen, sondern schon vorher (nach einem Jahr) über die Erfahrungen zu berichten.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion den ersten Teil des Kompromissvorschlages akzeptieren könne. Ein Mitarbeiter der Verwaltung in den Außendienst zu versetzen, werde positiv bewertet. Die Einstellung zusätzlichen Personals lehne man allerdings ab. In ihrer nachfolgenden Haushaltsrede wolle sie hierzu Stellung beziehen.

Auch Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Grünen die vorgeschlagenen

Maßnahmen befürworten. Insbesondere die Einstellung eines Sozialarbeiters werde unterstützt. Er verwies darauf, dass in der Öffentlichkeit viel über Probleme mit Jugendlichen z. B. an Schulen berichtet werde. Hier gelte es zu handeln. Es sei positiv zu werten, dass sich die Stadt Übach-Palenberg dieses Problems annehme.

Stadtverordneter **Weißborn** bat die Stadtverordnete Weinhold darum, ihre Position bezüglich der Einstellung des Sozialarbeiters näher zu konkretisieren. Im jetzigen TOP werde man die Angelegenheit behandeln. Sofern sich weitere Aspekte für die Beurteilung der Angelegenheit finden, möge man sie vortragen bevor der Beschluss gefasst werde.

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus, dass die UWG-Fraktion der Auffassung sei, dass die Höhe der Jugendamtsumlage durchaus die Gestellung eines Sozialarbeiters durch den Kreis rechtfertige. Die Verwaltung solle dies beim Kreis Heinsberg einfordern.

Stadtverordneter **Weißborn** zweifelte daran, dass dies ein praktikabler Vorschlag sei. Zusätzlicher Personalbedarf würde sich letztendlich wieder auf die Jugendamtsumlage niederschlagen und somit auch die Stadt Übach-Palenberg differenziert belasten. Es sei darüber hinaus zu erwarten, dass benachbarte Kommunen die gleichen Ansprüche formulieren könnten. Dies sei über das bestehende System nicht zu finanzieren.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erinnerte daran, dass schon in der Vergangenheit dieses Ansinnen beim Kreis Heinsberg vorgetragen wurde. Die Gestellung eines Sozialarbeiters für den Außendienst sei allerdings damals abgelehnt worden.

Beschluss:

Die Stadt wird auch weiterhin zwei zusätzliche Mitarbeiter im Außendienst einsetzen.

Die erste Stelle wird mit einem vorhandenen Mitarbeiter aus der Verwaltung besetzt, der sich zusätzlich um die Belange der ordnungsbehördlichen Tätigkeiten kümmert.

Für die zweite Stelle wird jemand eingestellt, der aufgrund seiner beruflichen Qualifikation in der Lage ist, sich mit präventiver aufsuchender Jugendarbeit zu beschäftigen. Diese Stelle wird mit einer entsprechenden Stellenbeschreibung ausgeschrieben. Die Stellenbeschreibung ist dem zuständigen Ausschuss für Personal, dem Haupt- und Finanzausschuss, in seiner nächsten Sitzung vor Ausschreibung vorzulegen. Die Stelle wird (vorerst) auf zwei Jahre befristet.

Spätestens nach einem Jahr wird die Verwaltung einen ersten Erfahrungsbericht vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

10 Vorberatung des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2006

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die befristete Einstellung des Sozialarbeiters keine Auswirkungen auf den Stellenplan habe.

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2006 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2006 und der Beschluss über das Investitionsprogramm sowie Kenntnisnahme von der Finanzplanung

Bürgermeister Schmitz-Kröll übergab das Wort an Stadtverordneten **Weißborn**:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Das Jahr 2006 ist das Jahr der Fußballweltmeisterschaft. Die Fußballer werden versuchen, den Gegner möglichst geschickt zu umspielen, um mit dem Tor zum Erfolg zu kommen. Und damit bin ich schon bei unserem Haushalt: Hier geht es zwar nicht um Tore, aber um Erfolg, um erfolgreiche Politik für die Menschen in unserer Stadt. Ob die Trainer der einzelnen Mannschaften gut aufgestellt sind, werden wir heute hören.

Das Jahr 2006 ist fast zur Hälfte rum, und wir entscheiden so spät wie nie zuvor, über den uns vorgelegten Haushaltsentwurf. Wir sind mit unserer Haushaltsberatungen nicht etwa so spät dran, weil der Kämmerer nicht in die Gänge gekommen ist, sondern weil er mit verlässlichen Zahlen arbeiten wollte und daraus kann man ihm nun wirklich keinen Vorwurf machen. Ganz im Gegenteil, nur mit verlässlichen Zahlen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, nur mit brauchbaren Orientierungsdaten und nur mit den Fakten des Kreishaushaltes ist man wirklich in der Lage einen Haushalt aufzustellen, der dann auch den Grundsätzen von Klarheit und Wahrheit entspricht. Selbst heute, am 16. Mai 2006, stellen wir fest, dass nicht alle Zahlen Bestand haben.

Bevor ich aber nun zu Einzelheiten komme, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich im Namen der SPD-Fraktion beim Bürgermeister, beim Kämmerer und bei seinen Mitarbeitern ganz herzlich für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Ich weiß wohl, dass es nicht immer einfach ist, Ansätze zu kürzen oder gar zu streichen, besonders dann, wenn man damit den Unmut derer auf sich zieht, die aus

guten Gründen Beträge für ihren Bereich angemeldet haben. Bei dieser Gratwanderung will man verständlicherweise darauf achten, dass man weder in die Niederungen der Haushaltssicherung abrutscht, noch in die ungleich tieferen Abgründe von kaputt gesparter Infrastruktur mit all seinen negativen Folgen stürzt.

Mein Dank gilt aber nicht nur dem Bürgermeister und dem Kämmerer, sondern auch allen anderen Mitarbeitern der Stadt von Lohngruppe 1 bis Besoldungsgruppe A16, die sich, so hoffe ich doch, im abgelaufenen Haushaltsjahr engagiert für unsere Stadt eingesetzt haben. Dies ist nicht immer selbstverständlich und bei der Arbeitsverdichtung die auch in Übach-Palenberg stattgefunden hat, ganz besonders hervorzuheben. Stellvertretend für alle anderen möchte ich die beiden Wahlbeamten Engelbert Piotrowski und Volker Schlüter nennen.

Der Haushalt 2005 wies in der Finanzplanung für das Jahr 2006 einen Fehlbedarf von 3,3 Millionen Euro aus, aber wie sagte ich bereits letztes Jahr: Et hät ja noch mal jot jejangel! Ich habe ebenfalls von dem Damokles-Schwert gesprochen, das über uns hängt. Nur, dass unser Schwert nicht an einem Pferdehaar, sondern an so banalen Dingen wie der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, der Entwicklung der Gewinne bei den Betrieben und vor allen Dingen an der Entwicklung von Steuern und Zuweisungen hängt. Und wenn Sie, Herr Bürgermeister, in ihrer Einbringungsrede den Kämmerer mit folgenden Worten zitieren: "...die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ist für das Jahr 2006 noch nicht erforderlich, die bisher gemachten Anstrengungen reichen allerdings nicht aus, mittelfristig ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, es sei denn, es wären weitere Ausgabenkürzungen durchzusetzen", gehört zur ganzen Wahrheit auch die Fortsetzung im selben Abschnitt:

„...einzige Möglichkeit (zum Ausgleich) wäre ein anderes Zuweisungs- und Umlagesystem“ und ich füge hinzu, eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland für Betriebe und Arbeitnehmer. Nur wenn wieder Geld verdient wird und Steuern bezahlt werden, wird es auch den Kommunen besser gehen. Sparmaßnahmen der Kommunen nach dem Motto: Hier tausend Euro oder da 10.000,00 Euro zu sparen sind ja noch nicht mal der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein, solche Maßnahmen, meine Damen und Herren, sind schon verdunstet, bevor sie den Stein überhaupt berührt haben und taugen bestenfalls zu berechtigten Verärgerung der Menschen in unserer Stadt. Ja, die Sparbemühungen mancher Städte treiben schon seltsame Blüten. Beim letzten Zusammentreffen des Städte- und Gemeindebundes in St. Augustin gab es weder Kaffee, noch den - zumindest für mich - dazugehörigen Zucker. Dieses von vielen begehrte Getränk konnte man allerdings im Rathaus für 1,80 Euro pro Tasse erstehen. Die Begründung des Bürgermeisters war die Geldknappheit der Stadt. Ja, wenn die Stadt den Kaffee wenigstens noch selber verkauft hätte, dann hätte sie wenigstens Einnahmen zu verbuchen gehabt, aber nein, dafür hat man dann einen Cateringservice engagiert, der aber bei der geringen Kaffeemenge garantiert nicht auf seine Kosten gekommen ist. Die Stadt St. Augustin konnte ihren Haushalt aber locker um 50 Euro entlasten; was für ein Erfolg!“

Soweit, meine Damen und Herren, sollten wir es in Übach-Palenberg nicht kommen lassen, denn damit gibt man sich nur der Lächerlichkeit Preis, ohne erkennbaren Vorteil für die Stadt und seiner Einwohner zu erzielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mitte des letzten Jahres konnten wir alle in der Zeitung mit den vier großen Buch-

staben nachlesen, das Übach-Palenberg bei der Einkommensteuer Schlusslicht in NRW ist. Da wurde unsere schöne Stadt mit dem reichen Bad Honnef verglichen unter der Überschrift: Wer hier lebt hat es nicht besser verdient! Allein die Überschrift war schon eine Unverschämtheit! In dieser mehr als unseriösen Berichterstattung wurde von den tollen Schulen in Bad Honnef und von den Brieftaubenvereinen in Übach-Palenberg gesprochen. Nichts gegen Brieftaubenvereine, aber mal ganz ehrlich, Schulen haben wir auch zu bieten, und zwar ganz hervorragende. Das besagte Zeitung nicht immer ganz sauber recherchiert, ist ja allgemein bekannt und insofern auch schon keine Ungeheuerlichkeit mehr. Das aber Kommunalpolitiker, oder besser solche, die es noch werden wollen, diesen Artikel aufgreifen und damit populistische Stimmung gegen die eigene Stadt verbreiten, das wiederum ist ungeheuerlich. So geschehen durch den Vorsitzenden des Stadtverbandes der CDU, Herrn Jungnitsch, im Rahmen der Auseinandersetzung um den LIDL. Ich möchte mal aus dem von ihm verteilten Flugblatt zitieren: "In der Bildzeitung war es nachzulesen, dass die Bürger aus Übach-Palenberg in der Einkommensskala in unserem Land NRW die rote Laterne tragen, also das Schlusslicht bilden! Hat dies vielleicht etwas mit der Farbe unserer Mehrheitsfraktion zu tun? Dies zu glauben wäre sicherlich überzogen, aber in einer Stadt, in der keine Unternehmen angesiedelt werden, die ein hohes oder höheres Einkommen auf Dauer garantieren, darf man sich nicht über dieses Ergebnis wundern! Wundersam ist in diesem Zusammenhang dann wohl doch, dass die Verantwortlichen in unserer Stadt mit Unternehmern, die für Marienberg und damit für Übach-Palenberg etwas tun wollen (z.B. LIDL) sehr zögerlich umgehen!" Zitat Ende.

Meine Damen und Herren, ich darf einmal erinnern: Ansiedlung der Schokoladenfabrik, Ansiedlungen von vielen Unternehmen in Holthausen und Weißenhaus, so dass dort kaum noch Platz ist, Nutzung des CMC als Gründer- und Service-Zentrum, und der LIDL, von dem Herr Jungnitsch sprach und mit dem die Stadt angeblich so zögerlich umgeht, befindet sich längst im Bau. Das alles scheint an dem Vorsitzenden der CDU vorbei gegangen zu sein.

Apropos LIDL: Es ist schon erstaunlich, wie leichtfertig die UWG in diesem Zusammenhang mit dem Geld unserer Bürger umgegangen ist. Da stimmt sie der Erstellung eines Gutachtens zur Untersuchung der Nahversorgungssituation in Marienberg zu und ignoriert es dann vollkommen, weil ihr das Ergebnis nicht in den Kram passt. Ob das so in Ordnung war sollten Sie, meine Damen und Herren von der UWG, doch mal selbst hinterfragen.

Auf der Einnahmenseite hat der Kämmerer den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verbucht. Er hat dies sehr seriös gemacht, indem er sich nach den Orientierungsdaten des Landes gerichtet hat. Als er den Haushalt aufgestellt hat galt aber noch eine alte Schlüsselzahl. Nach dem Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes vom 31.03.2006 ist diese jedoch rückwirkend zum 01.01.06 verbessert. Diese neue Schlüsselzahl führt zu einer Einnahmeverbesserung von 379.213,00 Euro. In diesem Bereich können wir also trotz gleicher Berechnungsgrundlage mit deutlich höheren Einnahmen rechnen. Das ist erfreulich.

Unerfreulich hingegen ist das Vorhaben des NRW-Finanzministers, Dr. Helmut Linssen, ab 2007 keinen Anteil der Grunderwerbssteuer mehr an den kommunalen Finanzausgleich abzugeben. Dadurch würden die ohnehin schon arg gebeutelten Kommunen in NRW noch einmal mit 145 Mio. Euro belastet werden. Da muss man doch den Eindruck gewinnen, dass die Kommunen den Haushalt des Landes sanie-

ren sollen und das, meine Damen und Herren, halte ich für eine ausgemachte Ferkelei.

Erfreulich ist wiederum, obwohl es sich zunächst einmal gar nicht so anhört, die Streichung des Kreises Heinsberg bei den Mitteln für die Büchereien. Hier geht uns zunächst eine Einnahme von 6.050,00 Euro verloren. Auf der anderen Seite jedoch brauchen wir auch weniger Kreisumlage zu zahlen und in unserem besonderen Fall sparen wir mehr an Kreisumlage ein als wir an zweckgebundenen Einnahmen für die Büchereien verlieren. Hier errechnet sich für uns eine Verbesserung von rund 4.000,00 Euro.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zwei Worte zum Thema Steuern und Hebesätze in Übach-Palenberg verlieren. 2003 haben wir den Gewerbetreibenden versprochen, den damals festgelegten Hebesatz von 399 % auf längere Zeit festzuschreiben. Daran werden wir uns auch in diesem Haushaltsjahr wieder halten. Das, meine Damen und Herren, hat auch was mit Verlässlichkeit zu tun. Darüber hinaus zeigt uns die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer, dass sich Übach-Palenberg mit seiner Politik auf dem richtigen Weg befindet. Wir werden aber auch keine anderen Steuern erhöhen, denn die Menschen in unserer Stadt haben genug finanzielle Belastungen zu tragen. An allen Ecken und Kanten werden die Ausgaben der privaten Haushalte erhöht, ohne dass das Einkommen mithalten kann. Auch aus diesem Grund halten wir die Anregung der IHK, den Hebesatz für die Grundsteuer B an den der Gewerbesteuer anzugleichen für wenig hilfreich.

Ich gebe dem Bürgermeister Recht, wenn er sich über rückläufige Schlüsselzuweisungen des Landes bei gleichzeitiger Erhöhung der Kreisumlage beklagt. Ja, meine Damen und Herren, es ist schon dramatisch, wenn wir rund 5,2 Millionen Euro mehr an Kreisumlage zahlen als wir an Schlüsselzuweisungen erhalten. Entweder wir erhalten zu wenige Schlüsselzuweisungen oder wir zahlen zuviel Kreisumlage. Oder stimmt vielleicht beides? Auf jeden Fall ist die Schere zwischen Einnahme und Ausgabe seit 1999 immer weiter zu unseren Ungunsten auseinander gegangen. Und das ist alles andere als lustig. Zumindest bei der Kreisumlage sollten sich auf Dauer doch Verbesserungen erzielen lassen. Wenn man bedenkt, dass der Kreis Heinsberg einen Spitzenplatz in Nordrhein Westfalen bei der Höhe des Hebesatzes einnimmt, muss man sich schon ernsthaft fragen, ob der Kreis seiner Verpflichtung zur wirtschaftlichen Haushaltsführung so nachkommt, wie er es immer von seinen Kommunen gefordert hat. Wir sollten parteiübergreifend darauf hin arbeiten, dass der Kreis zu Gunsten der Kommunen jedes Jahr aufs Neue prüft, ob die Kreisumlage nicht endlich wieder gesenkt werden kann. Auch die Verwendung der Gewinne des Kreiswasserwerkes muss hier zur Debatte stehen. Die Kommunen haben schließlich keine Möglichkeit ihr Defizit über eine Umlage wieder herein zu holen. Da hilft es auch nicht, wenn der Herr Reyans von der Kreis CDU mitteilt, dass 40 Prozent der allgemeinen Kreisumlage an den Landschaftsverband weitergereicht werden. Und wenn er gar von einer Verbesserung der kommunalen Finanzen spricht, dann hat er schlicht und einfach vergessen in den Haushalt der Stadt Übach-Palenberg zu sehen. Hier kann von einer Verbesserung keine Rede sein. Wir in Übach-Palenberg geben nicht zu viel Geld aus, sondern die Faktoren auf die wir keinen Einfluss haben sind so schlecht wie nie zuvor. Deshalb sollten wir wirtschaftlich und sparsam handeln, aber auch streng darauf achten, dass wir uns nicht kaputt sparen.

Die gute Infrastruktur in unserer Stadt muss erhalten und gepflegt - und da wo nötig auch ausgebaut werden. Kommunale Selbstverwaltung braucht eben auch Geld. Geld für Außendienstmitarbeiter, Geld für Sozialarbeiter, Geld für Schulen und Kindergärten. Wir werden als einer der wenigen Städte unserer Größenordnung einen Sozialarbeiter einstellen, der sich schwerpunktmäßig um junge Menschen kümmert, die nicht den Weg in die Vereine oder das Jugendzentrum finden. Betroffene junge Menschen sollen einen Ansprechpartner erhalten, der darauf hinarbeitet, dass gewisse Missstände, wie das Besprühen oder Beschädigen von Einrichtungen reduziert wird. Auch die berechtigten Interessen der Anlieger müssen geschützt werden. Hier soll der Mitarbeiter für die aufsuchende Jugendarbeit seinen Schwerpunkt setzen. Über diesen Antrag haben wir lange gestritten mit einem Ergebnis bei dem jeder etwas zurückstecken musste. Aber wie sagte Henry Kissinger schon: „Ein Kompromiss ist nur dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide Parteien damit gleich unzufrieden sind.“

Eine kleine Veränderung im Verwaltungshaushalt beantragen wir beim Schloss Zweibrücken. Die Trauungen bei denen im Anschluss ein Sektempfang im Barockzimmer stattfindet werden heute mit 50,00 Euro bezahlt. Dafür wird Personal bereitgestellt, die Energiekosten beglichen und die Reinigung durchgeführt. Ich brauche wohl niemanden vorzurechnen, dass dies bei weitem nicht kostendeckend ist. Deshalb wollen wir für den Empfang nach der eigentlichen Trauung den Betrag auf 100,00 Euro festlegen. Wir folgen absichtlich nicht den Empfehlungen des Gemeindeprüfungsamtes, die ja vorgeschlagen haben, ein zweites Trauzimmer im Rathaus einzurichten, um die Standesamtsgebühren im Schloss generell erhöhen zu können.

Nach unserer Auffassung sollte auch zukünftig jeder im besonderen Ambiente des Schlosses heiraten können und dies ohne zusätzliche Kosten, lediglich ein evtl. Empfang im Anschluss an die Trauung muss entsprechend bezahlt werden.

Lassen Sie mich nun zum Vermögenshaushalt kommen. Mit einer tatsächlichen Investitions-Summe von 3,8 Millionen Euro haben wir es hier wahrlich mit einem mehr als mageren Vermögenshaushalt zu tun. Den größten Brocken stellt das am 20. Mai zu eröffnende Schwimmbad dar. Durch die Gesamtinvestition von rund 4 Millionen Euro (in diesem Jahr steht ja nur die Restfinanzierung von 1,1 Mio. Euro an), werden wir mittelfristig zu einem geringeren Defizit im Schwimmbadbereich kommen. Und das bei neuer Technik, moderner Ausstattung und einer Rutsche, die am Ende der Woche doch hoffentlich durch den Bürgermeister eingeweiht wird. Der TÜV war schon da, also keine Angst, es kann Ihnen gar nichts passieren. Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Monaten hier und da die Gelegenheit wahrgenommen mir das Schwimmbad während der Bauzeit anzusehen. Es ist schon ziemlich genial, was da innerhalb eines Jahres punktgenau fertig gestellt wurde. Jetzt fehlt eigentlich nur noch die Erneuerung unserer Sauna. Denn das wäre ein folgerichtiger Schritt mit dem man vor allen Dingen auch Geld verdienen kann. Ein modernes Schwimmbad mit einer veralteten Sauna, das passt auf Dauer nicht zusammen. Nur mit einer entsprechenden Sauna macht es auch Sinn, Schwimmbad und Sauna zu vernetzen. Ich möchte auch noch mal daran erinnern, dass wir uns langfristig zum Ziel gesetzt haben, auch das Freibad wieder zu reaktivieren, „Schaun wa mal.“

Neben dem Schwimmbad sind im Vermögenshaushalt noch verschiedene Maß-

nahmen wie Kanal-Erneuerungen, ein neuer Rüstwagen für die Feuerwehr, EDV-Hard- und Software und auch Mittel für die weitere Aufschließung des Gewerbe und Industriegebiet Weißenhaus enthalten. Auch stehen Mittel für die Euregionale zur Verfügung, hier insbesondere für die Grünmetropole, den HÜLK-Anteil und die Via Belgica. Die Euregionale 2008 ist keine Veranstaltung um sich selbst zu verwirklichen, sondern soll letztendlich auch dazu beitragen, Besucher in die jeweiligen Städte zu locken. Ein wirtschaftlicher Vorteil daraus ist nur schwer zu beziffern aber langfristig betrachtet doch ziemlich sicher. Schade, dass so ein interessantes Projekt wie die Euregionale 2008 aus finanziellen Gründen immer weiter beschnitten wird. Wir sind gespannt, was zum Schluss wirklich übrig geblieben ist.

Ganz wichtig im Vermögenshaushalt sind die 237.000,00 Euro für den Umbau der Grundschule Palenberg zur offenen Ganztagsschule. Damit wird unser ohnehin schon sehr gutes Bildungsangebot noch einmal deutlich verbessert. Mit Beginn des nächsten Schuljahres beabsichtigt im Übrigen auch die GGS Frelenberg die Umwandlung in eine offene Ganztagsgrundschule, worüber wir im Juni dieses Jahres im Schulausschuss und im Rat beraten und entscheiden werden.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, sind der SPD die Schulen schon immer eine Herzensangelegenheit gewesen. Deshalb unterstützen wir auch die geplanten Veränderungen auf dem Schulhof des Gymnasiums. Ich habe mir in den Osterferien die geplanten Maßnahmen von dem verantwortlichen Lehrer, Herrn Lengert, ausführlich vor Ort erläutern lassen. Da liegt ein tolles Schulgelände, das zurzeit aber nur unzureichend genutzt werden kann. Die Schule möchte mit einem hohen Anteil Eigenleistung durch Schüler, Eltern und Lehrer den Schulhof so gestalten, dass neue Freiräume für Schüler entstehen und Unterricht auch mal draußen stattfinden kann.

Dies alles macht Sinn und wertet darüber hinaus unsere Immobilie „Gymnasium“ auf. Wir wollen trotz knapper Mittel die Schule nicht im Regen stehen lassen und werden für diese Maßnahme 7.500,00 Euro bereitstellen. Damit ist bei weitem nicht alles zu leisten, aber immerhin es ist ein guter Anfang.

Um einen Anfang geht es beim Dorfplatz in Siepenbusch sicherlich nicht. Das Grundstück ist bereits vorhanden, die entsprechende Umzäunung ebenfalls und jetzt geht es noch darum den Platz so herzustellen, dass man ihn auch vernünftig nutzen kann. Auch hier wollen wir 7.500,00 Euro bereitstellen; mehr ist da aber dann wirklich nicht drin.

Jetzt wird der eine oder andere sagen: dann lass doch einfach den Bauhof mal helfen, der kann das am Gymnasium wie auch am Dorfplatz in Siepenbusch tun, dann bräuchten wir kein Geld einstellen. Meine Damen und Herren, spätestens mit der Einführung von NKF wird es die Position „die sind ja eh da“, nicht mehr geben. Da muss klar zugeordnet werden, welche Leistungen für welches Produkt erbracht werden und das ist auch gut so.

Was uns im Haushalt 2006 hingegen komplett fehlt, sind Mittel für den Bau einer Rampe zwischen dem Rimburger Acker und der Ecke Maastrichter Straße/Merksteiner Straße. Mein Kollege Paul Josef Gerschel hat uns vor zwei Jahren auf diesen Missstand hingewiesen. Der Rimburger Acker ist an dieser Seite nur über eine Treppenanlage zu erreichen. Personen mit Rollatoren, Mütter mit Kinderwagen oder gar Rollstuhlfahrer haben keine Chance dieses Gebiet ohne großen Umweg zu erreichen. Deswegen hat die SPD-Fraktion auf Anregung von Paul Josef Gerschel am 24.04.04 einen entsprechenden Antrag gestellt und die Verwaltung

gebeten, zu prüfen wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Dies, meine Damen und Herren, ist mehr als zwei Jahre her und bedarf so langsam der Abhilfe. In der letzten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses wurden dann erste Überlegungen vorgestellt. Von den dort vorgestellten drei Varianten sollte eine spätestens im Jahr 2007 verwirklicht werden. Wir machen schon heute darauf aufmerksam, dass wir großen Wert darauf legen diese Maßnahme im Haushalt 2007 wieder zu finden. Mein Kollege Gerschel wird streng darauf achten.

Im Vermögenshaushalt sind 15.000,00 Euro für die Errichtung eines Zaunes an der Grundschule in Frelenberg eingestellt. Diese Mittel, meine Damen und Herren, werden wir zunächst sperren. Auf Grund unseres Antrages stehen uns zukünftig zwei Außendienstmitarbeiter zur Verfügung, die in diesem Jahr einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf das Gelände der Schule richten sollen. Zerstörungen und Lärmbelästigungen für die Anwohner sollen so reduziert werden. Es ist vor allen Dingen darauf zu achten, dass in den Abendstunden keine unnötigen Störungen von diesem Gelände ausgehen. Sobald dann der von uns beantragte Sozialarbeiter seine Arbeit aufgenommen hat soll auch er sich zunächst verstärkt um diesen Bereich kümmern. Somit hätten auch wir eine Kontrolle darüber, ob diese Maßnahme - Außendienstmitarbeiter und Sozialarbeiter - positiv wirkt. Wir wissen wohl, dass diese Maßnahme bei den Anliegern nicht unbedingt Jubelrufe herausfordern wird, aber wir sehen auch, dass man Jugendliche nicht immer nur aussperren kann. Im Übrigen verlagern sich durch solche Maßnahmen die Problemstellen nur. Wir wollen an dieser Stelle den Versuch wagen, mit pädagogischen- und ordnungsrechtlichen Mitteln diesen Missstand zu beseitigen. Dies ist im Interesse aller. Wenn's nicht funktioniert, kann der Zaun immer noch gebaut werden.

Ins Investitionsprogramm wollen wir zwei Maßnahmen für die Jahre 2007 und 2008 hineinschreiben. Als erstes soll hier die Turnhalle Palenberg auftauchen. Es sollen für beide Jahre jeweils 100.000,00 Euro eingestellt werden. Der Zustand dieser Halle ist unbestritten sanierungsbedürftig und diese Maßnahme dient der Werterhaltung dieses Gebäudes. Darüber hinaus wird mit einer entsprechenden Sanierung der Energiebedarf deutlich zurückgehen.

Ebenfalls ins Investitionsprogramm gehört eine Summe von 30.000,00 Euro für das Jahr 2007 für die verkehrliche Entwicklung des Kreuzungsbereiches Jülicher Straße/Daimler Straße. Die CDU-Fraktion hat am 10.02.05 einen Prüfantrag gestellt, um die verkehrliche Situation an dieser Stelle zu verbessern. Wir haben dem Antrag damals zugestimmt, weil auch wir der Auffassung sind, dass der Baesweilerweg wieder angebunden werden muss. Heute geht nämlich der gesamte Verkehr aus diesem Gebiet durch das Maler- und Thornviertel und das ist nicht ganz vernünftig. Wie diese Kreuzung letztendlich ausgebaut werden soll, will ich heute gar nicht diskutieren, aber einen verkehrslenkenden Charakter sollte sie schon bekommen. Sie sehen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, dass ihre Anträge doppelt so schnell behandelt werden wie unsere. Insofern verstehe ich gar nicht, wieso sie sich in der Vergangenheit immer wieder darüber beschwert haben, dass die SPD-Fraktion bevorzugt behandelt wird.

Unsere Veränderungsvorschläge, die ihnen in Form einer Excel-Tabelle vorliegen, werden dazu führen, dass wir die Rückzuführung von Vermögens- zum Verwaltungshaushalt um 387.000,00 Euro reduzieren können. Die Rücklage wird dadurch verbessert und Mittel für kleinere Investitionen werden frei. Die SPD-Fraktion wird mit den von uns vorgeschlagenen Änderungen dem Haushalt 2006 zustimmen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal auf mein Bild zu Beginn meiner Rede zurückkommen und mit einem Zitat von Andreas Brehme enden, der 1990 den entscheidenden Strafstoß im Endspiel in Rom verwandelte. Er soll geäußert haben: „Ich sage nur ein Wort: Vielen Dank.“

Als nächster Redner erhielt Stadtverordneter **Weinen** das Wort. Er führe aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Damen und Herren,

Ein Blick auf die von Bund und Land vorgegebenen Rahmenbedingungen lässt uns auch im Jahre 2006 nicht in Jubelgesänge ausbrechen. Wir können zwar durch die neuen Regierungen leicht verbesserte Daten und vorsichtigen Optimismus, was die Konjunkturprognosen angeht, feststellen - aber alles ist noch lange nicht gut. Fußball-WM in der gesamten Republik und Weltreiterfestspiele in der Region berechtigen zwar zu milden Aufschwungshoffnungen - aber die sich darauf stützenden Erwartungen können nur von temporärer Bedeutung sein.

Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler tickt unaufhörlich. Anfang Mai hatten alle öffentlichen Haushalte der Republik eine Rekordverschuldung von 1,5 Billionen Euro angehäuft und die Verschuldung steigt noch laufend an. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass wir von Bund und Land nicht mehr viel zu erwarten haben. Da bei diesen Haushalten zum Schuldenabbau massive Einsparungen erforderlich sind, um auf Dauer überleben zu können, müssen wir damit rechnen, dass hier bei uns viel weniger ankommen wird.

Auch wenn manch einer es nicht gerne hören wird, Einsparungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer sind das Gebot der Stunde, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Dabei dürfen die Kommunen dann allerdings nicht vergessen werden. Bei der Neuverteilung der Steuern sollten der Bund und die Länder nicht übersehen, dass die Städte und Gemeinden zwischenzeitlich wesentlich mehr staatliche Aufgaben zugeteilt bekamen, für die sie auch einen realen finanziellen Ausgleich erhalten müssen.

Parallel zur Steuererhöhung sollten aber auch die Hausaufgaben bezüglich der Ankurbelung der Wirtschaft und der Senkung der Arbeitslosenzahlen gemacht werden, denn nur damit bringt man richtig Geld in die öffentlichen Kassen und die Konjunktur in Schwung. Das geht u. a. auch mit der Senkung der Nebenkosten der Betriebe, die dringend entlastet werden müssen, um Geld für Investitionen und neue Arbeitsplätze zu bekommen. Das gilt natürlich auch für die Kommunen und ebenso für unsere Stadt.

In meinem Vortrag zum Haushalt des letzten Jahres habe ich u. a. angeregt, aus weniger Mehr zu machen. Dabei hatte ich basierend auf unserem Kommunalwahlprogramm für 2004 eine Senkung der Realsteuerhebesätze und der sonstigen kommunalen Abgaben, was wir als CDU schon über Jahre gefordert hatten, im Auge. In diesem Jahr ist dies nun Wirklichkeit geworden. Wenn auch die Grund- und Gewerbesteuer nicht gesenkt wurden, so sind sie doch zumindest stabil geblieben. Angekommen ist unsere jahrelange und sogar auch vor dem Verwaltungsgericht vorgetragene Forderung allerdings bei der Verwaltung in Bezug auf die Abwassergebühren. Diese konnten aufgrund verschiedener Faktoren gesenkt werden. Vor

allem auch, weil der bei den kalkulatorischen Kosten angesetzte Zinssatz gesenkt wurde. Davon haben alle etwas. Die Hauseigentümer, die Mieter und vor allem die Betriebe.

Damit und mit den stabilen Steuerhebesätzen haben wir ein positives Signal für den Wirtschaftsstandort Übach-Palenberg gesetzt. Wir hoffen, dass wir dadurch noch mehr leistungsfähige Unternehmen veranlassen können, hier ihren Firmensitz zu nehmen. Die verbesserte Anbindung an das überörtliche Straßennetz hat für unsere Gewerbegebiete einen positiven Effekt gehabt, den man beim Durchfahren von Holthausen und Weißenhaus sehr gut beobachten kann. Wir hoffen, dass sich dieser Trend mit dem Neubau der B 57 n noch verstärkt und dazu auch noch die innerstädtische Verkehrssituation verbessert wird.

Dass unsere Betriebe offenbar gut arbeiten, obwohl die Wirtschaftsdaten nur zögerlich aufwärts zeigen, konnten wir in Übach-Palenberg im letzten Jahr durch deutlich höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer erleben. Das liegt in erster Linie daran, dass in unserer Stadt Gewerbebetriebe arbeiten, die so gut aufgestellt sind, dass sie trotz schlechterer wirtschaftlicher Rahmendaten noch gute Geschäfte und damit auch Gewinne machen konnten. Wir verfügen, wie wir auch letzte Woche beim IHK - Forum in Aachen hören konnten, über Betriebe, die mit der Globalisierung hervorragend arbeiten und so in der Lage sind, hier Arbeitsplätze zu sichern und sogar zusätzlich neu zu schaffen. Das freut uns als CDU sehr. Wir wollen gerne die Bedingungen für derartige Betriebe noch verbessern und bei weiteren dafür werben sich hier niederzulassen. Ein erster Erfolg ist die Ansiedlung der Schokoladenfabrik im Gewerbegebiet Weißenhaus, die jetzt noch in der Planung, schon voraussichtlich im nächsten Jahr ihren Betrieb aufnehmen und im Endausbau rund 200 Arbeitsplätze schaffen wird. Neben HighTec für Textilmaschinen, Kompressoren und Licht geht dann künftig auch Süßes aus Übach-Palenberg in alle Welt.

Alle, die hier arbeiten, sollten auch entspannen können. Insofern ist die grundlegende Modernisierung und Attraktivierung unseres Hallenfreibades, das künftig Ü-Bad heißen wird, wichtig. Die Ausgaben, die wir gemeinsam beschlossen haben und in diesem Haushalt mit 1.121.000,00 Euro zu Buche schlagen, sind eine richtige Investition in die Zukunft unserer Stadt: Am kommenden Samstag wird der Umbau wieder in Betrieb genommen und wir freuen uns auch in Zeiten leerer Kassen unseren Bürgern eine derart interessante Freizeiteinrichtung und den Schulen und Vereinen weiterhin eine Lehr- und Trainingsmöglichkeit bieten zu können.

Die Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, die unsere Stadt bietet, sind wohl mit ein Grund für das stetige Bevölkerungswachstum. Das brauchen wir auch um die hohen Investitionen, die wir in den vergangenen Jahren getätigt haben, durch entsprechende Mehreinnahmen an der Grundsteuer und dem städtischen Anteil an der Einkommenssteuer zu kompensieren aber auch um die Schulen weiterhin mit Schülern zu füllen. In diesem Jahr werden die Neubaugebiete Breiller Gracht in Frelenberg und Kirchenweg in Scherpenseel hinzukommen.

Mit dem Wachsen des Stadtteils Scherpenseel wird die Ortsumgehung immer wichtiger. Für diese gibt es übrigens einen Silberstreif am Horizont, da sie im Landesstraßenbedarfsplan in eine bessere Bedarfskategorie gehoben wurden, aber es ist noch längst nicht in trockenen Tüchern. Hier stehen wir im engen Kontakt zu unseren Landtagsabgeordneten um diese Straße bei sich bietender Gelegenheit zu auch

über die letzte Hürde zu bringen.

Die Sicherung der Nahversorgung unserer Einwohner ist auch in den Stadtteilen wichtig, die nicht so nah an den Einkaufszentren Übach und Palenberg oder an denen auf der grünen Wiese wohnen. Insofern war der Lidl-Neubau an der alten Stelle in Marienberg nicht zu beanstanden, auch wenn er jetzt größer werden wird. Den Gegnern sei gesagt, dass ihre Kritik unverständlich ist. Die Protektion der Geschäftszentren Palenberg und auch Übach ist immer dann berechtigt, wenn es um zentrumsschädigenden Einzelhandel geht. Hier trifft das nicht zu, da sich im Bestand nichts ändert. Attraktive Läden sowie ein gutes Angebot sorgen für interessante Zentren. Dann kommen auch die Kunden und sie brauchen Konkurrenz nicht fürchten. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, dann kann das auch der Rat nicht richten.

Aufgrund der knappen Mittel, die in diesem Jahr zur Verfügung stehen, ist überhaupt für den Rat nicht viel zu richten. Sparen ist angesagt. Es werden nur noch die Maßnahmen getroffen, die unaufschiebbar sind bzw. im vergangenen Jahr begonnen wurden und jetzt fertig gestellt werden müssen, wie z. B. die Sanierung des Hallenfreibades. Dennoch enthält dieser Haushaltsplan die erforderlichen Mittel für die Ersatzbeschaffung eines neuen Rüstfahrzeuges für die Feuerwehr. 320.000 Euro kostet das zwar, dient aber der Sicherheit unserer Bürger und da darf nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Für die Umgestaltung der Gemeinschaftsgrundschule Palenberg in eine offene Ganztagschule sind ebenfalls Mittel in Höhe von 205.000 Euro eingestellt. Diese Investition in die Zukunft unserer Kinder trägt den geänderten Bedürfnissen der Familien Rechnung. Auch für die anderen Schulen enthält dieser Haushalt noch Ansätze für Lehr- und Unterrichtsmittel, für Einrichtung und Medienausstattung.

Wir finden ebenso noch Beträge für Spielplätze, für die Erneuerung von Straßenbelägen und den Ausbau von Geh-, Rad- und Wirtschaftswegen. Die Erneuerung von Kanälen ist, ganz in unserem Sinne, in diesem Jahr sehr vorsichtig in den Haushalt eingestellt. Offenbar droht jetzt auch nicht mehr der Umweltstaatsanwalt. Es wird aber die wichtige Kanalersanierung in Scherpenseel fortgeführt, die Kanalerneuerung in der Schley und die Verbesserung der Kanäle im Rahmen der SüwV-Kanal konnte noch Berücksichtigung finden. Auch für die Euregionale 2008 ist Geld vorhanden. Das meiste ist über Zuschüsse abgedeckt, es bleiben aber auch noch knapp 67.000 Euro an Eigenmitteln. Über die Euregionale kann man ja geteilter Meinung sein, aber das was jetzt noch an Maßnahmen bleibt, ist eine sinnvolle Investition, die das Wurmatal und das Naherholungsgebiet für Besucher auch von außerhalb anziehender und attraktiver macht. Letztlich finden wir auch noch einen Betrag von 100.000 Euro als Kostenanteil für die Gleisunterführung am Bahnhof. Wir hoffen, dass es dann bald auch losgeht und der Bahnhof endlich erneuert und wieder zum angenehmen Entrée für Übach-Palenberg wird.

Trotz dieses Bündels von Maßnahmen bleibt es ein sparsamer Haushalt, wenngleich wir uns auch noch etwas mehr Sparpotential gewünscht hätten, um in den Schuldenabbau einzusteigen bzw. die Rücklage zu stärken. Wir wissen von Kämmerer und Bürgermeister aus unserer Vorberatung des Haushaltsplanes, dass sie das auch gerne getan hätten, aber aufgrund der gegebenen Umstände keine anderen Möglichkeiten fanden. Wir finden, sie haben insofern in diesem Jahr ihre Sache

gut gemacht. Wir verstehen daher nicht das Herumnörgeln der SPD-Fraktion am Verwaltungshaushalt. Die Verbesserungen, die von anderer Seite (Kreis, Land bzw. Bund) kommen, sind ein Automatismus, der so oder so, aber auf keinen Fall aufgrund des Antrages der SPD entsteht. Wenn die Beträge eingehen, dienen sie zur Einnahmenerhöhung bei eh schon angesetzten Positionen. Lediglich die Nutzungsgebühr für die Räume anlässlich eines Sektempfang in Schloss Zweibrücken ist neu. Ob wegen der erforderlichen Zeit bis zum Erlass der geänderten Gebührensatzung dieser Betrag noch erreicht werden, kann bleibt fraglich. Dafür muss man eigentlich den Haushalt nicht ändern. Diese Beträge könnten wir dann, wie schon oben erläutert, zur Schuldentilgung oder für die Rücklage verwenden. Wir haben den Eindruck, dass die SPD-Fraktion die Aufgaben der Verwaltung übernehmen will. Aber was soll's, gänzlich falsch ist es nicht, diese Positionen jetzt zu verändern.

Im Vermögenshaushalt sieht das schon etwas anders aus. Die ursprünglich von der SPD vorgeschlagene und in letzter Minute zurückgenommene Herausnahme von 10.000,- Euro für die Zaunanlage an der Grundschule Frelenberg können wir nicht mittragen. Wir finden, dass sie trotz der Einstellung eines Sozialarbeiters und einer Verstärkung des Außendienstes ihre Berechtigung hat. Was den Anwohnern der Schulen in Boscheln und Übach recht ist, soll denen in Frelenberg billig sein. Hier schlagen wir vor, diesen Betrag ebenso wie den von 5.000,- Euro für den Bolzplatz an der Annabergstraße im Haushalt zu belassen. Wir brauchen sie, wie wir gehört haben, nicht unbedingt zur Deckung der zusätzlichen Ausgaben für den Dorfplatz in Siepenbusch und sowie den Schulhof des Gymnasiums, die zusätzlich mit je 7.500,- Euro ausgestattet werden sollen. Wir halten das für vernünftig und tragen daher diesen Vorschlag mit.

Die Rampe am Rimburger Acker, auf die die SPD offenbar großen Wert legt, können wir nicht als städtische Aufgabe erkennen. Wir sehen das nicht ein, weil wir meinen, dass hier der Investor in der Leistungspflicht ist.

Weil auch wir im Sinne der Stadt sparen wollten, haben wir keine populistischen Anträge gestellt. Wir haben überlegt, was der Stadt nützen könnte. Daraus resultierte z. B. der Antrag zum stärkeren aber gezielten und verantwortlichen Herbizideinsatz, um Pflegegänge im städtischen Grün reduzieren zu können. Bekanntermaßen ist daraus nichts geworden als ein handfester Koalitionskrach zwischen Rot-Grün. Dennoch sparen wir 50.000 Euro im laufenden Jahr, da die Pflegegänge auch so verringert wurden. Jetzt werden einfach Standards abgebaut. Wenn also künftig unsere öffentlichen Anlagen stärker und länger verunkrautet sein werden, sind wir mal gespannt, was die Bürger dazu sagen werden.

Angesichts des knappen sehr eng gestrickten Haushalts und zur Vermeidung eines Haushaltsicherungskonzepts für das nächste Jahr, haben wir uns zurückgehalten und keine Anträge zum Haushalt gestellt, obwohl es Vorhaben gibt, die in Zukunft sicher umgesetzt werden müssen, jetzt aber erst einmal gut geplant und deren Finanzierbarkeit geprüft werden muss. Ich nenne hier unseren Antrag zur Verbesserung der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich der Jülicher-, Daimlerstraße und des Baesweilerweges, der im nächsten Jahr verwirklicht werden sollte. Selbstverständlich sind wir daher mit der Aufnahme in das Investitionsprogramm einverstanden. Schließlich hat der Einbau von Kreisverkehren an anderer Stelle innerhalb unserer Stadt bewiesen, dass dies auch preiswerter als vor Jahren einmal vorgestellt

geschehen kann.

Da der Haushalt dieses Jahres bis an die Grenzen ausgereizt ist und wie bereits erwähnt nur die notwendigsten Maßnahmen enthält, sehen wir auch keine Ansätze, die ganz oder teilweise zum Zwecke des Sparens gestrichen werden könnten. Allerdings gibt es unter Berücksichtigung des Prüfberichts der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW, die unsere Kommune von November 2005 bis Januar 2006 intensiv unter die Lupe genommen hat, interessante Ansätze, die Sparpotential für die Zukunft enthalten. Wir regen an dieses Potential zu nutzen, um die günstigen Werte weiter zu steigern und die als kritisch bewerteten, wie z. B. in der Verschuldung je Einwohner und der Gesamtverschuldung, zu verbessern.

Wir nennen hier ausdrücklich die Aufforderung, die altersbedingte Fluktuation zu nutzen, um Personalausgaben einzusparen, sofern die frei werdenden Stellen durch Umstrukturierungen wegfallen oder mit vorhandenem Personal besetzt werden können (Seite 11 des Prüfberichts). Bei der Gebäudewirtschaft stellt die Prüfungsanstalt fest – was uns ja nicht unbekannt war – , dass die durch eigene Kräfte erbrachten Reinigungsleistungen doppelt so teuer sind, wie die durch externe Dienstleister erbrachten Arbeiten (Seite 13). Wir schlagen daher vor, diesen Bereich ganz zu privatisieren und die Reinigungsleistungen so bald wie möglich komplett auszuschreiben.

Bei Vertragsende auszuschreiben empfehlen wir auch die Versicherungsverträge der Stadt, denn dort schlummern nach den Feststellungen der Gemeindeprüfungsanstalt gleichermaßen Einsparmöglichkeiten, zusätzlich wenn auch noch eine Selbstbeteiligung vereinbart wird (Seite Gw 44).

Im Bereich der Gebäudewirtschaft fällt auf, dass Übach-Palenberg beim Wärme- und Stromenergieverbrauch über dem Mittelwert, wie auch deutlich über dem Zielwert liegt (Seite Gw 33 – 40). Hier gibt es offensichtlich Handlungsbedarf. Daher ist der Antrag von B 90/Die Grünen auf Beratung durch die Energieagentur NRW und für weitere Investitionen in die Energieeinsparung richtig und wird von uns unterstützt.

Meine Damen und Herren, alles in allem kann ich nur feststellen, dass wir unser Ziel, einen Haushalt ohne Neuverschuldung, wenn nicht sogar mit Schuldensenkung, um die Altlasten zu verringern, auch in diesem Jahr nicht erreichen konnten. Aber wir sehen uns auf dem Weg dahin. Wir übersehen nicht die Probleme, die es dabei gibt und wir sehen uns auch in der Mitverantwortung. Wir danken dem Bürgermeister, dem Kämmerer und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit und stimmen dem Haushalt, so wie er uns vorliegt zu.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.“

Es folgte weiter Stadtverordnete **Weinhold**. Sie führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen,
liebe Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren,

alle Jahre wieder wird der Haushaltsentwurf vorgelegt – in diesem Jahr verständlicherweise relativ spät, dadurch können Ausgaben, etwa für die Kreisumlagen und Einnahmen wie die Schlüsselzuweisungen des Landes realistischer eingeplant werden. Eine sinnvolle Entscheidung.

Alle Jahre wieder wird voraussichtlich die SPD sich und der Verwaltung lobend auf die Schulter klopfen und die CDU Haare in der Suppe suchen - obwohl es nach der eben gehörten Rede wohl nur eine einzelne Fliege war.

Soviel zum üblichen Polittheater. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Zitat aus der Haushaltseinbringung vom 28. März durch den Bürgermeister: „Wir sind nur um Haaresbreite am Elend vorbeigeschrammt.“

Im Klartext, das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Wir pfeifen finanziell aus dem letzten Loch. Der nächste Schritt wäre das kommunale Insolvenzverfahren in Form eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Weder eine Beweihräucherung noch ein Draufhauen bringen uns letzten Endes in Übach-Palenberg weiter.

Es gilt gemeinsame Wege aus der Misere zu finden und diese Wege gradlinig umzusetzen.

Der Kämmerer und mit ihm die Verwaltung in Übach-Palenberg sind zurzeit in einer wenig beneidenswerten Situation. Gemeinsam wird mit Zahlen jongliert, getrickst und umgeschichtet, gestrichen und geschoben, um auch im Jahr 2006 einen kosmetisch aufbereiteten Haushaltsentwurf vorzulegen – eine akrobatische Höchstleistung.

Zu den Fakten:

Der Verwaltungshaushalt hat in 2006 ein Volumen von 46,9 Mio. Euro, der Vermögenshaushalt beträgt ca. 9 Mio. Euro. Er ist im Vergleich zum Jahre 2005 um 20,7 % rückläufig.

Im Haushalt ist eine Kreditaufnahme von 2,6 Mio. Euro vorgesehen, 1,3 Mio. Euro sind zur Tilgung laufender Kreditverbindlichkeiten erforderlich. Es verbleibt eine Nettoneuverschuldung von 1,3 Mio. Euro.

Wir können den Verwaltungshaushalt nicht ohne den Rückgriff auf den Vermögenshaushalt und die restliche Rücklage in Höhe von 946.000 Euro ausgleichen. Das macht unser strukturelles Defizit mehr als deutlich. Betriebswirtschaftlich eine Insolvenz.

Erfreulicher Weise sind auch in Übach-Palenberg die Gewerbesteuereinnahmen weiter gestiegen, anstatt davon zu profitieren, wirkt sich dies negativ auf die uns zustehenden Schlüsselzuweisungen aus. Deutlich gemacht: Tüchtigkeit wird konkterkariert. Hier ist dringend eine Reform der Gemeindefinanzen erforderlich.

Erfreulich ist für die UWG auch der Vorschlag der Verwaltung die Gebühren im Niederschlags- und Abwasserbereich, bei der Müllabfuhr, den Grundsteuern A und B und der Gewerbesteuer in 2006 nicht zu erhöhen. Nach unserer Auffassung eine sinnvolle Entscheidung, den Steuerzahler von Seiten der Stadt nicht noch weiter zu belasten.

Der Konsens im Rat muss folgender sein: „Wir müssen mit den uns anvertrauten

Steuergeldern so umgehen, als wäre unser persönlicher Geldbeutel betroffen.“

Bei jeder uns vorliegenden Entscheidung müssen zwei Faktoren im Vordergrund stehen:

1. Die anstehende Entscheidung muss finanzierbar sein.
2. Die Folgekosten müssen überschaubar und realisierbar sein.

Jeder Stadtverordnete in Übach-Palenberg muss den Mut haben, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, um unser strukturelles Grundproblem in den Griff zu bekommen. Wenn wir dazu nicht die Stärke und das Verantwortungsbewusstsein haben, werden wir in den kommenden Jahren auf unsere kommunale Selbstverwaltungsmöglichkeit gezwungener Maßen verzichten müssen.

Durch Straffung der Verwaltungsstruktur kann eine Kosteneindämmung realisiert werden. Personelle Veränderungen z. B. durch altersbedingtes Ausscheiden müssen soweit machbar durch vorhandenes Personal aufgefangen werden – der Ansatz der richtigen Vorgehensweise ist im vorliegenden Haushaltsentwurf bereits erkennbar.

Die Stadt kann es sich zurzeit weder leisten neues Personal einzustellen noch Höhergruppierungen für vorhandenes Personal auszusprechen.

Als Ausnahme sieht die UWG die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Denn nichts ist wichtiger als eine Zukunftsperspektive für unsere Jugend.

Zitat aus der Haushaltssatzung 2006 Seite 19: „Die bisher gemachten Anstrengungen reichen nicht aus, mittelfristig ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, es sei denn, es wären Ausgabenkürzungen durchzusetzen.“

Mit diesem Hintergrundwissen hat die SPD beantragt, einen Streetworker einzustellen. Ein Vorschlag, der vermuten lässt, dass die SPD unsere marode Haushaltslage völlig ignoriert. Realitätsverlust, Profilneurose oder Koalitionszwang? Bei mehr als 3,4 Millionen Euro, die wir in diesem Jahr als Jugendamtsumlage zahlen, erwarten wir als UWG, dass dieses Aufgabenfeld durch den Kreis abgedeckt wird.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
der uns allen seit kurzem vorliegende Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW hat einige Sparmaßnahmen aufgezeigt. Hier zum Beispiel im Personalbereich. Es sollte kritisch durchleuchtet werden, welche Aufgabenbereiche, die bis jetzt in kommunaler Zuständigkeit liegen, durch Outsourcing günstiger erbracht werden könnten.

Begrüßt wird von der UWG, dass die Verwaltung begonnen hat im Hinblick auf NKF, die städtischen Liegenschaften und Gebäude zu inventarisieren. Da unsere Rücklagen aufgezehrt sind, muss es unser Bestreben sein, notwendige Instandhaltungsmaßnahmen an Gebäuden zeitnah durchzuführen. Viele unsere Immobilien sind in die Jahre gekommen. Jeder Hauseigentümer weiß, ist der Schaden erst eingetreten, werden überproportionale Kosten verursacht, dies gilt es zu vermeiden.

Bisher war unser größtes Gebäudesorgenkind das Schwimmbad. Wir sind froh, dass es in abgespeckter Form der Bevölkerung in diesem Monat wieder zur Verfüg-

gung steht. Die UWG war immer für eine Art der Privatisierung. Dies ist ansatzweise in der Form des Energie-Contractings mit der STAWAG realisiert worden. Dabei bleibt, wie von der UWG angestrebt, ein Schwimmbadbesuch auch zukünftig für jeden Bürger bezahlbar.

Nach Meinung der UWG steht die Stadtkernentwicklung in Übach-Palenberg auf dem Abstellgleis. Ein überdimensionierter LIDL in Marienberg wird im Innenstadtbereich nachhaltig weiteren Leerstand verursachen. Unsere Zentren Übach und Palenberg werden weiter ausbluten. Kurzsichtige Ratsbeschlüsse haben nun eine unumkehrbare Entwicklung eingeleitet.

Stattdessen steht die Überlegung zur Entscheidung an, sich mit 150.000 Euro an der Erstellung einer Tiefgarage gegenüber dem Rathaus zu beteiligen. Es fragt sich, wer braucht demnächst noch Parkplätze im Stadtkern Übach, wenn dort ein Geschäft nach dem anderen schließen muss.

Die UWG hat kein Problem, der von der SPD favorisierten Tiefgarage zuzustimmen, wenn die Finanzierung ausschließlich extern erfolgt. Die am Rathaus ansässige Sparkasse, die sich an diesem Projekt finanziell beteiligen will, hat bis dato weder eine angemessene Parkplatzablösung gezahlt noch über alle Jahr zum pflegerischen Aufwand des Verwaltungsgebäudes beigetragen. 150.000 Euro wurden von der Sparkasse als Beteiligung in Aussicht gestellt. In Anbetracht dessen, dass es bisher von der Verwaltung versäumt wurde, eine angemessene Kostenbeteiligung einzufordern, bleibt zu überlegen, warum diese Summe nicht zur Reduzierung unseres Schuldenberges verwandt werden kann.

Viele unserer Sparvorschläge benötigen eine Vorlaufzeit, dagegen kann bei der Finanzierung der EuRegionale 2008 sofort eingespart werden. Lediglich die Renaturierung der Wurm ist notwendig.

Es ist zwar schön, wenn 80 % bezuschusst werden, aber wenn die restlichen 20 % fehlen, ist es verantwortungslos dieses Projekt voranzutreiben. Der Eigenanteil ist abhängig von der zu gewährenden Fördersumme durch das Land, diese wiederum steht noch nicht fest. Ein Abenteuer mit vielen Unbekannten passt nicht zu unserer finanziellen Notlage. Verzicht auf Umweltromantik ist angesagt. Folgekosten sind bisher weder kalkulierbar noch zukünftig bezahlbar.

Bestimmt niemand der Anwesenden käme auf die Idee, sein Dach zu beleuchten, wenn ihm das nötige Geld für dringende Reparaturarbeiten am Haus fehlt. Insofern beantragen wir, die entsprechenden Positionen im Haushaltsplan mit einem Sperrvermerk zu versehen, um noch einmal sachlich und ohne Hast über die Dinge im Rat diskutieren zu können, aber auch zu müssen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

effektive Ratsarbeit ist nur möglich, wenn das Klima zwischen Rat, Verwaltung und den Fachausschüssen stimmt. Das heißt, dass nicht die Interessen weniger unter dem Mantel des Fraktionszwanges auf Biegen und Brechen durchgedrückt werden sollten.

Z. B. wurde der Antrag der CDU über den eingeschränkten Einsatz von Herbiziden

über einen Zeitraum von 6 Monaten in die Länge gezogen. Nach fachkundiger Instruierung durch den Bauhofleiter wurde diesem Antrag im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss zugestimmt, ebenso im Haupt- und Finanzausschuss. Dann aber in der entscheidenden Ratssitzung in geheimer Abstimmung abgelehnt. Die Kritik der UWG zu diesem Thema betrifft nicht die unterschiedliche Sichtweise – ein Muss jeder Demokratie – sondern der fehlende Mut einiger Stadtverordneter öffentlich Stellung zu beziehen.

Der Antrag der Anwohner zur Einfriedung des Schulgebäudes in Frelenberg wurde auf eine Art und Weise behandelt, die nicht kritiklos bleiben kann. Obwohl die betroffenen Anwohner alle persönlich in den Schul-, Sport- und Kulturausschuss eingeladen worden waren, wurde der Antrag auf Vorschlag der SPD zum Ärger der anwesenden Bürger, mit dem Hinweis auf die bevorstehende Haushaltsberatung, vertagt.

Hatten die betroffenen Bürger nicht ein Recht darauf, zu erfahren, wie der Fachausschuss den Antrag beurteilt? Die UWG fragt sich, ist diese Vorgehensweise demokratisch? Wenn Sie dieser Meinung sind, sollte man über eine Abschaffung der Fachausschüsse nachdenken.

Der richtige Weg aus Sicht der UWG ist, alle vorliegenden Anträge in den zuständigen Fachausschüssen zu diskutieren, eine positive oder negative Beurteilung auszusprechen und erst danach im Haupt- und Finanzausschuss die finanzielle Machbarkeit zu überprüfen, und diese Empfehlung an den Rat weiter zu geben.

Ohne eine transparente Basispolitik dürfen wir uns über die Politikverdrossenheit der Bürger nicht wundern.

Die Verwaltung hat sich in den letzten Jahren bemüht, den Haushalt ausgeglichen zu gestalten, aber zu Lasten

1. des Vermögenshaushaltes bei geringsten Investitionen in die Zukunft.
2. des Verkaufs des Tafelsilbers
3. weiterer Nettoneuverschuldung

Um die auf unsere Stadt zukommende Insolvenz zu vermeiden, bleibt uns nichts anderes übrig, als alle betriebswirtschaftlich nicht nachweisbaren Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und zu streichen. Der Schuldenabbau hat höchste Priorität, sonst verspielen wir die Zukunft unserer Kinder.

Jedem verantwortungsbewussten Entscheidungsträger muss klar sein, nur durch konsequente Einsparung kann der Haushalt langfristig saniert werden. Wir können und wollen nicht ständig an der Steuer- und Gebührenschraube drehen. An der Notwendigkeit zum Sparen führt kein Weg vorbei, auch wenn eine Bremsspur unvermeidlich ist. Besser ein längerer Bremsweg als ein Totalschaden.

Vor diesem Hintergrund muten die rot-grünen Differenzen über die Verwendung von immerhin 15.000 Euro in Frelenberg eingesparter Mittel geradezu lächerlich an.

Verehrter Herr Weißborn, sehr geehrter Herr Reißmayer, lieber durch Schweigen den Anschein von Kompetenz aufrecht erhalten, als durch kurzfristige und kurzsichtige Schaufensteranträge den letzten Zweifel an der Inkompetenz zu beseitigen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
die Verwaltung hat einen soliden Haushaltsentwurf 2006 vorgelegt, die UWG wird diesem ohne Änderungsvorschläge zustimmen, unter der Voraussetzung, dass die Haushaltsstellen zur EuRegionale 2008 mit Sperrvermerken versehen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Im Folgenden wurde Stadtverordneten **Rißmayer** das Wort erteilt. Er führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

einen Haushalt für ein Jahr erst im Mai zu verabschieden zeigt besonders deutlich, wie es derzeit um die kommunalen Finanzen bestellt ist. Dass kein Geld mehr da ist, wissen wir schon länger, jetzt kommt noch erschwerend hinzu, dass wir erst im Mai einen Haushalt verabschieden können, weil viel früher gar nicht klar war, wie viel Geld wir nicht bekommen und wie viel von diesem nicht vorhandenen Geld wir auf der anderen Seite wieder jemanden bezahlen sollen.

Den nun vorgelegten Haushalt noch zu (in Anführungszeichen) gestalten ist quasi wegen mangelnder Spielräume unmöglich. Deswegen gelten wie immer an dieser Stelle meine ersten Worte den so genannten externen Faktoren.

Wenn wir hier und heute einen Haushalt verabschieden wollen, der ein strukturelles Defizit in Millionenhöhe ausweist, muss man sich schon fragen, inwieweit dies mit der Verantwortung für die kommende Generation übereinstimmen kann. Ein erstes Urteil: Das geht nicht und ist nicht zu verantworten; dann folgt im nächsten Schritt die Überprüfung was ist denn da zu verändern, damit dies nicht so bleibt? – man streicht alle Punkte raus, die extern geregelt sind – also wir hier im Stadtrat sowie nicht verändern können - und stellt (wie in jedem Jahr) fest, dass das was bleibt, ein bedauerlich kleiner Rest ist, der auch mit viel Kreativität nicht so umgestaltet werden kann, dass das Defizit verschwindet oder nennenswert verringert wird. Gab es nicht irgendwann auch mal Zeiten, wo eine Kommune Zuweisungen erhalten hat, um damit ihre Ausgaben zu decken und nur ein Teil davon als Kreisumlage abgeführt wurde? Bis 1992 war dies wohl so, bis 1999 waren Zuweisung und Abgabe zumindest noch eng beieinander; aber seitdem geht die Zange zu Ungunsten der Stadt Übach-Palenberg immer weiter auseinander, Schlüsselzuweisung noch gerade 8 Millionen Euro, Abgaben bei 13 Millionen Euro – wie man mit minus 5 Millionen Euro seine Ausgaben bestreiten soll, bleibt den Kommunen überlassen.

Einen echten Ausgleich schaffen in NRW dieses Jahr nur noch knapp 9 Prozent der Kommunen. All dies zeigt, dass die kommunale Selbstverwaltung vor dem Bankrott steht und die Reform der Gemeindefinanzen überfällig ist, um den Kommunen wieder Handlungsspielräume zu ermöglichen und den Verfall der kommunalen Investitionen zu stoppen. An dieser Stelle - wie in jedem Jahr - der dringende Appell an Land und Bund den Kommunen wieder Spielräume zu geben. Ebenfalls an dieser Stelle der Dank an den Kämmerer Herrn Schmitz und an alle Mitarbeiter/Innen der Verwaltung, die es trotz all dieser schwierigen Einflüsse geschafft haben einen Haushaltsplan aufzustellen, der noch kein HSK vorsieht.

Zurück zu unserem kleinen Rest an Gestaltungsspielraum hier vor Ort.

Zuerst einmal die Einnahmeseite, hier sehen wir zurzeit keinen Veränderungsspielraum, denn wir wollen definitiv die Steuersätze nicht erhöhen und uns damit in die Reihe derjenigen einsortieren, die glauben, dass man dem Bürger ruhig noch etwas mehr abverlangen kann. Und die erfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuererinnahme ist zumindest in einem kleinen Teil darauf zurückzuführen, dass wir in den letzten Jahren hier die richtigen wirtschaftsfreundlichen Entscheidungen getroffen haben, so dass Firmen sich hier ansiedeln oder bleiben und sogar erweitern. Eine Veränderung der Gewerbesteuer lehnen wir daher ab. Eigenen Handlungsspielraum bei den Einnahmen sehen wir folglich nicht. Vielmehr freuen wir uns, dass der neue Umlageschlüssel und die gestiegene Steuererwartung dafür sorgen werden, dass wir durch diese Mehreinnahmen nicht die gesamte Rücklage verbrauchen müssen. Die Einnahmeseite auf Kosten von Sozialverbänden, die eine gemeinnützige Arbeit zum Wohle vieler Arbeitsloser leistet, zu verbessern ist in unseren Augen verwerflich und kontraproduktiv. Das die UWG das Gespräch mit der AWO in Bezug auf ihren Antrag sucht, gibt jedoch noch Hoffnung.

Wenn man also die Einnahmeseite nicht verändern, aber auf der anderen Seite weitere Schulden vermeiden will, so muss man also die Ausgaben durch Optimierung, Umverteilung und Rationalisierung senken. Hier ist in den letzten Jahren bereits viel geschehen und angeregt worden (Verschlankung der Verwaltung, Contracting, Umstellung der EDV-Nutzung u.ä.), so dass auch hier nicht mehr viel Spielraum zu finden ist.

Zwei Ausgaben bedürfen unserer Prüfung. Zum einem gilt es nun frei von jedem Idealismus zu prüfen, ob und wie sich mögliche Synergieeffekte bei unseren Schulen erzielen lassen. Zum anderen bezahlen wir in diesem Jahr eine Jugendamtsumlage von mehr als 3,4 Millionen Euro, ohne eine entsprechende Leistungsbeschreibung zu erhalten. Uns würde hier schon interessieren, was mit dem Geld geschieht und welche Arbeit dafür in Übach-Palenberg geleistet wird. Dies steht auch nicht im Gegensatz zum SPD-Antrag, da der städtische Einsatz eines Sozialarbeiters wesentlich effektiver die Problemstellungen in Übach-Palenberg angehen könne.

Als einziges wirkliches Sparpotential sehen wir – besonders auch im Hinblick auf die steigenden Preise – den Energiesektor. In einem Bericht der Energieagentur NRW steht, dass hier ein Einsparpotential von bis zu 25% liegt. Jetzt getätigte Investitionen im Energiebereich werden den kommunalen Etat langfristig zu Gute kommen.

Deswegen haben wir uns auch bei unseren Haushaltsberatungen darauf verständigt heute hier eine Änderung am Haushalt vorzuschlagen.

Wir wollen das kostenlose Beratungsangebot der Energieagentur NRW annehmen und nach Schwachstellen in den städtischen Gebäuden suchen. Damit nach einer solchen Beratung durch investive Maßnahmen (z.B. Fenstertausch, Solarunterstützung, Geothermie oder ähnliches) auch tatsächlich Verbesserungen erzielt werden können, möchten wir eine neue Haushaltstelle im Vermögenshaushalt in Höhe von 15.000 Euro einrichten. Uns ist klar, dass dies nur ein kleiner Betrag ist, aber es wäre immerhin ein erster Schritt zur Ressourcenschonung und wirtschaftlicher Entlastung.

Sinnvoll Investitionen tätigt man am besten dort, wo der Zugewinn am größten ist. Gewinne lassen sich jedoch nicht immer in Euro oder Cent abrechnen. Die Einstellung eines Sozialarbeiters im Außendienst der Stadt Übach-Palenberg ist eine derartige Maßnahme, deren Zugewinn sich nicht sofort absehen lässt, sich jedoch einer Problematik annimmt, die an vielen Stellen präsent (z.B. zur Zeit auf dem Schulgelände in Frelenberg) ist und neue Möglichkeiten für Jugendliche aufzeigen soll, um vor allem auch gemeinschaftliches Handeln zu ermöglichen .

Beim Thema Ordnung sind Konzepte weit wichtiger als Haushaltsansätze. Wenn man sich über die Zustände beklagt und mehr Kontrolle für notwendig hält, muss auch Personal für den Außendienst und für präventive Arbeit zu Verfügung gestellt werden. Deswegen werden wir in diesem Bereich auch konkret handeln und dem Kompromissvorschlag des Bürgermeisters folgen.

Abgesehen von dieser Änderung wollen wir dem vorgelegten Haushalt zustimmen. Dies fällt uns nicht nur wegen der Neuverschuldung nicht leicht, sondern auch, weil es ja noch viele weitere Wünsche gibt, die zumindest in diesem Jahr nicht erfüllt werden können. Um eventuell in Zukunft noch besser mit Bürgeranträgen und Wünschen umgehen zu können, verfolgen wir mit Interesse das Projekt „kommunaler Bürgerhaushalt“ in den ausgewählten Kommunen.

Mit Spannung erwarten wir nun, wie die Bevölkerung ab nächster Woche unser neues Ü-BAD annimmt. Wir freuen uns auf die Wiedereröffnung am Wochenende und sind sicher, dass wir hier an der richtigen Stelle für die Einwohner von Übach-Palenberg investiert haben.

Dadurch, dass sich die Einnahmeseite aufgrund der verbesserten Schlüsselzuweisung deutlich verbessert und wir folglich weniger Geld aus Rücklage und Vermögenshaushalt transferieren müssen, werden wir den beiden von SPD gewünschten zusätzlichen investiven Ausgaben zustimmen. Hier möchte ich vor allem das Projekt des Carolus-Magnus-Gymnasiums nennen. Ich freue mich, dass wir das Engagement der Lehrer, Schüler und Eltern unterstützen können. Dieser Zuschuss findet unsere volle Zustimmung. Beim Dorfplatz Siepenbusch sind wir auch mit der Einrichtung einer Haushaltsstelle einverstanden, erwarten aber vor Mittelauszahlung noch einmal eine Überprüfung der derzeitigen Planung und den vorgesehenen Nutzungsmöglichkeiten.

Optimistisch möchte ich zum Abschluss noch die Finanzplanung erwähnen. Es wäre ein riesiger Erfolg, wenn die vorgelegten Zahlen so realisiert werden können und wir in den kommenden Jahren wieder einen Haushalt aufstellen können ohne Neuverschuldung oder sogar mit der Möglichkeit Schulden abzubauen.

In der Hoffnung, dass wir alle hier im Rat daran mitarbeiten bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit.“

Danach wurde dem Stadtverordneten **Offermanns** das Wort erteilt. Er führte aus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herrn,
sehr geehrter Herr Windelen von der Lokalpresse,

ich werde mich wie auch im Vorjahr nicht mit den einzelnen Zahlen im Detail beschäftigen, das haben vor allen Dingen meine Kollegen der beiden großen Parteien ja schon getan!

Lassen Sie mich aber trotzdem auf einige wichtige Dinge im Detail eingehen:

1. Mich stören einfach und das geht auch vielen Bürgern in Stadt und Land so; die leider schon zur Gewohnheit nicht nur in Übach-Palenberg, sondern auch im Kreis und Land und Bund von Jahr zu Jahr immer größer werdenden Schulden, die mit der Aufstellung des Haushaltes gemacht werden!

2. Warum kann man nicht einfach hingehen und sagen, die Haushaltsgrenze des vergangenen Jahres darf nicht überschritten werden! Sie müsste unterschritten werden - dann muss man eben Dinge, die nicht gerade eine Priorität haben erstmal aufs nächste Jahr verschieben; in der Hoffnung dass es dann konjunkturell besser wird.

3. Oder sich im Einzelnen bessere Positionen ergeben!

4. Warum muss man jedes Jahr mehr Schulden machen – Es geht mit Sicherheit auch anders!

Jeder Gewerbe-Betrieb hätte längst Insolvenz anmelden müssen!

Bekannt ist Ihnen sicher, dass die Städte Erkelenz, Wegberg und Übach-Palenberg die 3 Städte im Kreis Heinsberg mit den meisten Schulden sind.

5. Der Griff nach der letzten Reserve, die wir noch hatten, die ja nun aufgebraucht ist und deshalb auch nicht mehr als „Notgroschen“ vorhanden sein wird.

6. Nach meiner Meinung fehlt bei der Erstellung des Haushaltes vor allen Dingen ein Personal-Entwicklungskonzept, aus dem man die Entwicklung des Personals in dem laufenden und nächsten Jahr und auch fortgeschrieben in den nächsten Jahren ansehen kann und vor allen Dingen kann man nur mit einem Konzept wirtschaftlich viel genauer planen und arbeiten!

7. Deshalb fordere ich hier und heute wie schon im Haupt- und Finanzausschuss, die Einführung von einem Personal-Ausschuss! Man kann das nicht mit dem Kommentar eines Verwaltungsbeamten in dem Haupt- und Finanzausschuss wegweisen:

Zitat „Sehen sie doch mal in unser Telefon-Verzeichnis nach, dort können sie unsere Personalentwicklung sehen!“ Zitat Ende.

Ich erspare mir besser hierzu meinen Kommentar! Werde aber in Zukunft solche Äußerungen nicht mehr unkommentiert lassen.

Ich will nicht wissen, wer wo in welchem Zimmer sitzt oder wie ich ihn telefonisch erreichen kann, sondern wie die personelle Entwicklung in der Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg aussieht!

So geht es nicht, meine Damen und Herren!

So einfach können Sie sich und wir uns diese wichtige Aufgabe nicht machen!

Es wäre sehr gut, wenn sich Kolleginnen und Kollegen meiner Meinung anschlie-

ßen könnten!

Diesen Personal-Ausschuss hat es in früheren Jahren doch mal gegeben, es ist absolut eine Aufgabe des Rates, sich auch dieser Aufgabe vorbehaltlos zu stellen!

Warum hat man diesen meiner Meinung nach sehr wichtigen Ausschuss einfach in den Haupt- und Finanzausschuss integriert?

Ich finde, dass er dort vollkommen falsch angesiedelt ist und auch total untergeht!

Wir tragen im Rat große Verantwortung und die sollten wir gerade im Personalwesen detaillierter nachgehen und vor allen Dingen besser gemeinsam planen, denn auch das hilft Kosten - Personalkosten - einsparen!

8. Man sollte darüber auch mal nachdenken - ob es in dem Zusammenhang immer sein muss, fast nur Beamte einzustellen - hier können es auch Angestellte im öffentlichen Dienst sicher genauso tun!

Dann haben wir die Folgekosten um ein vielfaches reduziert! Pensionsrückstellungen usw.

9. Als oberste Priorität müssen wir alle gemeinsam die Einnahmen der Stadt Übach-Palenberg vor den Ausgaben sehen, denn Geld was man nicht hat oder noch nicht hat, kann und sollte man nicht ausgeben!

10. Als 1. müssen wir uns ganz verstärkt um die Ansiedlung von neuen Betrieben nach Übach-Palenberg bemühen, so wie die Städte Baesweiler und Heinsberg und auch in letzter Zeit sehr stark in Hückelhoven feststellbar; uns das sehr erfolgreich vormachen!

Das gibt in erster Linie neue Arbeitsplätze, die Bürgerinnen und Bürger haben mehr Geld, was sie hoffentlich meistens dann auch in Übach-Palenberg ausgeben werden und unser Kämmerer freut sich am meisten über die erhöhten Steuereinnahmen.

Dies alles trägt dann mit zu einer Verbesserung der Infrastruktur bei!

11. Deshalb meine dringende „Bitte“ an die Verwaltung:

Alle mit uns gemachten Miet und Pachtverträge sollten auf den Prüfstand und einer Prüfung auf Pacht und Mietzins unterzogen werden und ggf. aktuell und moderat angepasst werden!

Bin sicher, dass es dort auch noch einiges zu ändern gibt!

Kommen wir nun zu den Ausgaben:

12. Da bin ich für die Gestaltung des Dorfplatzes in Siepenbusch, wo die Bürgerinnen und Bürger in Eigenleistung großartiges leisten wollen!

Hier können wir den Bürgern sehr günstig unter die Arme greifen!

13. Auch ist die FDP für die Sanierung der Sporthalle in Palenberg - die in den kommenden Jahren unbedingt renoviert werden muss!

14. Für eine neue und bessere Verkehrsführung im Kreuzungsbereich der Jülicher Straße/Baesweilerweg - ein Antrag der CDU-Fraktion haben sie genauso meine Zustimmung!

Möchte dann hier nur zusätzlich auch die Anbindung an das Thorngelände haben! Eine Straße ist bis kurz davor bereits fertig!

15. Zur Verbesserung der Infrastruktur fehlt ein Magnet in einem oder besser noch beiden Geschäfts-Zentren, damit mehr Menschen auch aus den Nachbarstädten und auch aus den Niederlanden wieder oder mehr in Übach-Palenberg einkaufen kommen und hier vor allen Dingen auf direktem Weg in das Geschäfts-Zentrum nach Palenberg gelangen.

16. Deshalb ist die Öffnung der Aachener Strasse ein nach wie vor gefordertes Anliegen von mir und der FDP.

Nur durch die Wiederherstellung der so lange ich denken kann alten Verkehrsführung ist dem "Laufkunden" die direkte Zufahrt zum Zentrum in Palenberg mit einem Kaufhaus wie KaDeCe es mal war oder ähnlich NEUEM heute, was dringend notwendig wäre, für ein gut funktionierendes Einkaufszentrum, zu ändern!

Auch hier sollte man über ein Konzept nachdenken - wie man die Verkehrsströme besser lenken kann!

Auch das rege ich hiermit an.

17. Eine große finanzielle und notwendige Kraftanstrengung war die Renovierung und Neugestaltung unseres Hallenbades, was wir nun am Samstag gemeinsam feierlich eröffnen werden!

Habe die Neugestaltung mit großem Interesse verfolgt!

Auf so ein modernes "Ü-Bad" können wir Bürgerinnen und Bürger von Übach-Palenberg alle sehr stolz sein - sucht es doch seinesgleichen im Kreis Heinsberg und darüber hinaus im Raum Aachen!

Als nächste Herausforderung sehe ich dann dort noch die Modernisierung vom Saunabereich an - der ja immer schwarze Zahlen erwirtschaftet hatte!!!

18. Lassen sie mich zum Ende meiner Rede noch Dank sagen bei unserem Stadtkämmerer Bernd Schmitz für die geleistete, viele Arbeit, die er und seine Mitarbeiter mit dem Aufstellen des Haushaltes gehabt hatten!

Ich weiß, er mag es gar nicht so gerne - in seiner bekannt bescheidenen Art!

Aber ich bin der Meinung: „Ehre wem Ehre gebührt.“

Richten Sie meinen Dank bitte auch allen aus, die an der Aufstellung dieses schwierigen Haushaltes mitgearbeitet haben!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!"

Stadtverordneter **Weißborn** zeigte sich verwundert darüber, dass die Stadtverordnete Weinhold in ihrer Haushaltsrede Dinge thematisiert habe, die eigentlich in die nichtöffentliche Sitzung des Rates gehören. Insbesondere Informationen über Namen und Beträge können nicht Gegenstand öffentlicher Sitzung sein.

Die UWG spreche sich darüber hinaus für eine weitgehende Privatisierung in vielen Bereichen des kommunalen Handelns aus. Sie beziehe sich dabei auch auf den GPA-Bericht, in dem allerdings auch festgestellt werde, dass eine Privatisierung kein Allheilmittel sei. Zum Thema der weiteren Arbeitsverdichtung sei festzustellen, dass eine weitere Konzentration nicht vertretbar sei. Zudem würden etliche Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung Frau Weinhold in ihrer Rede jedoch schuldig bleibe. Ihn interessiere, wo die Stadt denn bisher ihr Tafelsilber verkauft habe oder

die Steuer- und Gebührenschaube nach oben gedreht wurde. Weiterhin könne er auch nicht erkennen, in welchen Bereichen bei der Modernisierung des Schwimmbades abgespeckt werden sollte. Vielmehr seien in etlichen Bereichen des Schwimmbades noch Ergänzungen, wie beispielsweise im Ruhebereich eingearbeitet und somit eine weitere Optimierung erreicht worden. Gerne wolle er sich jetzt mit ihren Erläuterungen beschäftigen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass keine weiteren Wortbeiträge mehr vorgebracht wurden.

Er schlug vor, über die Anträge zur Änderung des vorgelegten Haushaltsentwurfes zuerst abzustimmen. Bezüglich der Sperrvermerke sei eine Abstimmung eigentlich nicht notwendig, da die Umsetzung der Projekte ohnehin eines Mehrheitsbeschlusses des Rates bedarf.

Die Fraktionen- und Parteienvertreter im Rat einigten sich darauf, dass über die Gesamtheit der Änderungsvorschläge in einem Abstimmungsgang beschlossen werde.

Neben den zahlenmäßigen Veränderungen innerhalb des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes werden auch zwei Sperrvermerke für die Zaunanlage Frelenberg, den Um- und Ausbau des Bolzplatzes sowie die Positionen zur EuRegionale 2008 gesetzt.

Darüber hinaus bestand Einvernehmen darin, dass für die Erfahrung mit dem/der Sozialarbeitsers/in ein Bericht spätestens nach einem Jahr vorgelegt werde und die Verwaltung das Beratungsangebot der Energie-Agentur NRW für Kommunen in Anspruch nimmt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die genannten Vorschläge zwischen den Fraktionen auch schriftlich ausgetauscht worden seien.

Er stellte fest, dass keine Fragen oder Bemerkungen mehr vorgebracht worden seien und er nunmehr abstimmen lassen wolle.

Beschluss:

1. Änderungsanträge

1.1 Gemäß den Anträgen der im Rat vertretenen Fraktionen werden folgende Positionen des Haushaltsentwurfes geändert:

a. Verwaltungshaushalt			
Haushaltsstelle	Text	Einnahme	Ausgabe
	Haushaltsvolumen	46.968.560,00	46.968.560,00
352.1720	Zuweisungen des Kreises (Bücherei)	-6.050,00	
762.1401	Nutzungsentgelte Barocksaal (Eheschl.)	4.000,00	
900.8320	Kreisumlage - allgemein		-9.960,00
900.0100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	379.220,00	
912.2810	Zuführung vom Vermögenshaushalt	-387.130,00	
	neues Haushaltsvolumen Verwaltungs.HH	46.958.600,00	46.958.600,00
b. Vermögenshaushalt			
Haushaltsstelle	Text	Einnahme	Ausgabe
	Haushaltsvolumen	9.022.520,00	9.022.520,00
230.9400	Um- und Ausbau des Gymnasium (Schulhof)		7.500,00
340.9401	Dorfplatz Siepenbusch		7.500,00
120.9410	Investitionmaßnahme Energieeinsparung		15.000,00
910.3100	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	-357.130,00	
912.9010	Zuführung zum Verwaltungshaushalt		-387.130,00
	neues Haushaltsvolumen VermögensHH.	8.665.390,00	8.665.390,00

1.2 Folgende Haushaltsstellen werden mit einem Sperrvermerk versehen:

210.9412 Zaunanlage Frelenberg
461.9402 Um- und Ausbau Bolzplatz Annabergstraße
jeweils bis zur Vorlage des Erfahrungsberichts zur Arbeit des Sozialarbeiters

UA 591 EuRegionale
bis zur Freigabe der Projekte durch den Stadtrat.

1.3 Der Entwurf des Investitionsprogramms 2005 - 2009 wird um folgende Positionen erweitert:

210.9411	Sanierung Sporthalle Palenberg	2007 100.000 €
		2008 100.000 €
UA 630	Verkehrliche Entwicklung des Kreuzungsbereichs Jülicher Straße/ Daimlerstraße	2007 30.000 €

2. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 wird in Ausgabe und Einnahme wie folgt beschlossen:

Verwaltungshaushalt	46.958.600 €
Vermögenshaushalt	8.665.390 €
Kreditaufnahme	2.630.040 €
Verpflichtungsermächtigungen	561.000 €
Höchstbetrag der Kassenkredite	3.000.000 €

Steuerhebesätze:

Grundsteuer A	240 v.H.
Grundsteuer B	379 v.H.
Gewerbsteuer	399 v.H.

3. Das Investitionsprogramm 2005 - 2009 wird mit einem Gesamtvolumen von 16.645.090 € beschlossen.

4. Von der Finanzplanung wird Kenntnis genommen.

5. Ein Haushaltssicherungskonzept wird nicht aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

12 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

13 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters ergaben sich nicht.

14 Einwohnerfragestunde

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.13 Uhr die öffentliche Sitzung.

B) Nichtöffentliche Sitzung

...

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister Schmitz-Kröll um 19:20 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer